

Zur Politischen Ökonomie des Euro: Vom Sozialstaat über die europäische Transfergemeinschaft in die Inflation?

Von Erich Weede

An der gegenwärtigen Diskussion über die Zukunft Europas und des Euro stört mich die Kurzsichtigkeit der Perspektive. Es sollte um mehr als die Vertagung der Krise durch Hilfe an überschuldete Südländer oder die Restlaufzeit der Regierungen Merkel oder Sarkozy gehen. Deshalb ist ein umfassenderer Ansatz notwendig.

Seit Jahrzehnten steigen die Staatsquoten in Europas Demokratien. Die Staatsausgaben steigen noch schneller als die Staatseinnahmen. Neben den staatlichen Defiziten entwickeln sich die Sozialleistungen am dynamischsten. Der typische westeuropäische Sozialstaat hat Staatsausgabenquoten in der Nähe der Hälfte und Sozialtransferquoten in der Nähe eines Drittels des Bruttoinlandsprodukts. Die durch Sozialtransfers angestrebte Gerechtigkeit erfordert de facto die Überlastung künftiger Generationen, den Verzicht auf Generationengerechtigkeit. Auch wer Sozialtransfers für eine moralische Pflicht hält, sollte Schwierigkeiten mit der ethischen Rechtfertigung der Belastung künftiger Generationen haben. Auch die Anreizwirkungen des unverteilenden Steuer- und Sozialstaates sind zu bedenken: Wer viel leistet und verdient, wird durch progressiv steigende Zwangsabgaben bestraft. Wer wenig leistet und verdient, wird durch Sozialtransfers belohnt. Kann das ohne Wirkung auf die Arbeitsbereitschaft bleiben? Lohnt es sich für die Eltern unterdurchschnittlich Begabter noch, Kindern Arbeitsdisziplin zu vermitteln, wenn man von vielleicht unangenehmer Arbeit in unteren Lohngruppen ähnlich bescheiden wie von Sozialtransfers lebt? Der Zusammenhang von einem unzureichenden Abstand zwischen niedrigen Arbeitslöhnen und Sozialleistungen einerseits und dem Elend an vielen Hauptschulen andererseits wird leider kaum diskutiert. Solange der Sozialstaat nicht überall gleichmäßig ausgebaut ist, vermittelt er auch genau die falschen Anreize zur Migration. Der deutsche Leistungsträger darf bei Abwanderung in die Schweiz oder die USA hoffen, seine Abgabenbelastung zu reduzieren. Für den türkischen oder arabischen Zuwanderer sind deutsche Sozialleistungen attraktiver als die Niedriglöhne in seiner Heimat.

Angeblich um Europa und den Euro zu retten, bauen wir jetzt noch die Eurozone, den Kern der europäischen Union, zu einer sog. Solidaritätsgemeinschaft aus. Wie im heimischen Sozialstaat sollen auch in Europa künftig die Starken den Schwachen helfen. Mit der Griechenlandhilfe aus dem Frühjahr 2010 ist das ‚no bailout‘-Prinzip, die Eigenverantwortung jedes Staates für seine Schulden, aufgegeben worden. Seitdem die Europäische Zentralbank mediterrane Staatsanleihen kauft, ist die Monetarisierung von Staatsschulden in die Wege geleitet. Ob diese Beschlüsse von der deutschen Regierung überhaupt im Rahmen der geltenden Verfassung und der geltenden europäischen Verträge hätten mitgetragen werden dürfen, muss in Verfassungsbeschwerden erst noch geklärt werden.

Wenn Deutschland in Höhe eines immer weiter steigenden Anteils der Steuereinnahmen des Bundes für Andere haftet, dann ist das ein Risiko. Ob die Transfers von den Starken (wie Deutschland, Niederlande

oder Österreich) zu den Schwachen (wie Griechenland, Irland oder Portugal) zur Stärkung der Schwachen beitragen, bezweifle ich. Weder der deutsche Länderfinanzausgleich noch die Entwicklungshilfe haben bisher nachweisbare positive Auswirkungen gehabt. Warum sollen jetzt europäische Transfers Wunder wirken? Ist es nicht plausibler, dass Hilfszahlungen eigene Anstrengungen ersetzen?

Die Transfers müssen die sog. Starken schwächen. Betrachten wir Deutschland: Die explizite Staatsverschuldung liegt zwar in der Nähe von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, aber sie steigt. Rechnet man die Renten-, Pensions- und andere Versprechungen des Staates hinzu, dann ist man in der Nähe des dreifachen Bruttoinlandsprodukts. Wie lange noch kann dieses hoch verschuldete Land mit seit fast fünfzig Jahren eher ab- als zunehmendem Wirtschaftswachstum anderen helfen, ohne selbst seine Bonität zu verlieren und höhere Zinsen für seine Staatsschulden zahlen zu müssen, ohne noch mehr Leistungsträger Richtung Schweiz oder USA zu vertreiben?

Europa braucht nicht die Ergänzung der verschuldeten Sozialstaaten durch eine europäische Transfergemeinschaft mit neuen Anreizen zur Verschuldung, die sich dann ergeben müssen, wenn die dank unsolider Haushaltspolitik Schwachen einen Teil der Lasten auf die angeblich Starken abwälzen können. Wird solide Haushaltspolitik wahrscheinlicher, wenn man sie bestraft? Was Europa braucht, ist mehr Standortwettbewerb, mehr wirtschaftliche Freiheit und mehr Eigenverantwortung für Individuen und Familien, für Städte und Bundesländer und Staaten. Die europäische Einheit ist ein zweiseitiges Schwert. Der Binnenmarkt und die wirtschaftliche Verflechtung Europas haben zwar zur Überwindung der Kriegsgefahr in Europa beigetragen, aber Zentralisierung und Bürokratisierung auf europäischer Ebene untergraben die Effizienz und die Legitimität der Europäischen Union.

Weil Europas Politiker durch Schuldenakkumulation schon bewiesen haben, dass sie nicht mit Geld umgehen können, sollten sie durch Wettbewerbsföderalismus gebändigt und durch Referenden in Finanzfragen, wie in der Schweiz, an den Volkswillen gekettet werden. In Volksbefragungen wäre Europas jüngster Irrweg wohl kaum gebilligt worden. Je mehr Europa eine Transfergemeinschaft wird, desto stärker wird der Anreiz für die Politiker, aus Europa auch noch eine Inflationsgemeinschaft zu machen. Je größer die Staatsschuld, desto näher liegt es, sich mit der Notenpresse zu entschulden und die Gläubiger mit Geld schrumpfender Kaufkraft abzufinden. Konsequente Denker, wie Friedrich August von Hayek, hatten deshalb schon vor Jahrzehnten die Entstaatlichung des Geldes gefordert. Das wäre eine Schuldenbremse! Solange die Politiker die Inflationsoption haben, ist unser Geld gefährdet. Wenn wir in einer europäischen Schuldenhaftungs- und Transfergemeinschaft angekommen sind, werden unsere Politiker mal wieder keine Alternative sehen. Dann werden die Sparer enteignet. Wenn alles klappt, nur langsam. Für unsere Politiker wäre das wohl ‚sozialverträglich‘.